

Presseerklärung

26. Januar 2021

Der koreanische Rat für Gerechtigkeit und Gedenken für die Verbrechen an zwangsprostituierten Frauen durch das japanische Militär

Südkoreanische NGOs veröffentlichen die Übersetzung der Grundsatzentscheidung des Gerichts von Seoul, in dem Japan rechtlich verantwortlich erklärt wird für die Verbrechen an der Menschheit bzgl. der zwangsprostituierten Frauen Südkoreas - den „Trostfrauen“ („Comfort Women“)

Seoul (26. Januar 2021) – Südkoreanische NGOs - Der koreanische Rat für Gerechtigkeit und Gedenken für die Verbrechen an zwangsprostituierten Frauen durch das japanische Militär (The Korean Council for Justice and Remembrance for the Issues of Military Sexual Slavery by Japan), Anwälte für eine demokratische Gesellschaft (MINBYUN – Lawyers for a Democratic Society) - veröffentlichen heute gemeinsam die historische Entscheidung des Bezirksgericht von Seoul nach der Japan, die Opfer der Zwangsprostitution durch das japanische Militär während des II. Weltkriegs zu entschädigen hat. Es ist das erste Urteil eines Gerichts, das Japan für die Kriegsoffer der Zwangsprostitution rechtlich verantwortlich macht. Das Urteil wurde am 8. Januar 2021 bekannt gegeben und wurde am 23. Januar 2021 rechtskräftig, nachdem Japan keine Rechtsmittel eingelegt hat.

Das Gericht lehnt die Anwendung der Staatenimmunität in diesem Fall ab, da das japanische Kaiserreich systematisch und umfassend Verbrechen gegen die Menschheit beging. Das Gericht betonte insbesondere die Entwicklung der Staatenimmunität und die Rolle Japans, das gegen universale Werte der Weltgemeinschaft verstoßen und den „Trostfrauen“ schweren Schaden zugefügt hat. Japan wurde keine Staatenimmunität gewährt, da den Opfern der Weg zur Gerichtsbarkeit versperrt wäre und ihnen somit Rechtsmittel verwehrt werden.

Das Urteil ist für die Opfer der Zwangsprostitution von herausragender Bedeutung, da der Kampf für ihre Rechte und Entschädigungen gegen den Aggressor Japan endlich auch eine rechtliche Anerkennung findet. Ein über viele Jahre weltweit geführter Kampf und die Solidarität der Opfer, Menschenrechtsaktivisten und Wissenschaftler, die sich in einem unermüdlichen Einsatz gegen die herkömmlichen Auffassungen zu sexueller Gewalt in Kriegen gestellt haben, hat zu einem Erfolg geführt.

„Mit der Anerkennung des Rechts auf einen Prozess wurde den ehemaligen „Trostfrauen“ ihre Bürgerrechte wiedergegeben. Das Gericht hat den Opfern Schutz gewährt und das Versprechen gegeben, sie zu beschützen,“ sagte Lee Sang-hui, eine Anwältin der Organisation MINBYUN, die sich seit vielen Jahren mit dem Fall der „Trostfrauen“ beschäftigt.

„Ich hoffe, dass die Gerichtsentscheidung von Seoul, die Menschenrechte anerkennt und die Opfer in den Mittelpunkt stellt und diese somit unter den Grundsatz der Gesetze der internationalen Menschenrechte stellt, zu weiteren Erkenntnissen über die „Trostfrauen“ des japanischen Militärs und ihre trauernden Familien sowie über sexualisierte Kriegsverbrechen in Asien und auf der ganzen Welt führt und somit die „Trostfrauen“ Gerechtigkeit erfahren,“ fügte Lee hinzu.

Der koreanische Rat für Gerechtigkeit und Gedenken für die Verbrechen an zwangsprostituierten Frauen durch das japanische Militär und Opferverbände in Korea veröffentlichen am 8. Januar 2021 gemeinsam eine Erklärung um das Urteil zu würdigen, das „eine Tür öffnet für den Schutz der Menschenrechte.“ Die Organisationen verlangen von der koreanischen Regierung eine Erklärung und diplomatische Aktivitäten gegenüber Japan. Sie werden dabei von weiteren 100 Organisation aus Korea und der ganzen Welt unterstützt.

Auf der 1.474ten Mittwochs demonstration erklärte Lee Na-Young, Beirat des Koreanischen Rats, dass „das Urteil uns die Wahrheit offenbart, dass die Staatenimmunität verneint werden kann und die universalen Menschenrechte gegenüber zwischenstaatlichen Vereinbarungen obsiegen, wenn diese schwere Verletzungen der internationalen Menschenrechte betreffen.“ Sie betonte zudem, dass das Urteil „ein bedeutender Erfolg darstellt für den 30-Jahre andauernden Kampf für die Verurteilung der japanischen Verbrechen an den zwangsprostituierten „Trostfrauen“, der die Solidarität mit den überlebenden Opfern ausdrückt.“

Hintergrund

Der Begriff „Trostfrauen“ bzw. „Comfort Women“ bezieht sich auf hunderttausende Mädchen und Frauen aus verschiedenen asiatischen Ländern, die während des II. Weltkriegs von dem Militär des japanischen Kaiserreichs entführt und zwangsprostituiert wurden.

Bis in die 1990er Jahre waren die Verbrechen der japanischen Armee an den „Trostfrauen“ in der Öffentlichkeit kaum bekannt. Das änderte sich erst als sich die überlebenden Opfer an die Öffentlichkeit wandten und Japan zu einer Entschuldigung aufforderten sowie Entschädigungen forderten. Obwohl Japan offiziell die Taten und das System der „Trostfrauen“ anerkennt, dies wurde 1993 durch den leitenden japanischen Kabinettssekretärs bestätigt, wurde eine offizielle Entschuldigung abgelehnt und Entschädigungen verweigert.

Im Januar 2016 brachten die überlebenden Opfer den Fall vor das Bezirksgericht in Seoul und forderten eine rechtliche Lösung in letzter Instanz, nachdem die Anklagen in Japan und USA abgelehnt wurden.

Übersetzungen des Urteils

Englisch: http://minbyun.or.kr/wp-content/uploads/2021/01/ENG-2016_Ga_Hap_505092.pdf

Japanisch: <http://justice.skr.jp/koreajudgements/30-1.pdf>

Kontakt

Dasol Lyu, MINBYUN - Lawyers for a Democratic Society Director of International Relations, dlyu@minbyun.or.kr

The Korean Council for Justice and Remembrance for the Issues of Military Sexual Slavery by Japan, info@womenandwar.net